

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT-KUPFER-WACHSTUCH- U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 26, Anklamstr. 27, 1. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeaditz. Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Für Chemigraphen:

Berlin. Bandouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grütmacher

Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.
Chemnitz. A. Jüllich; Köhler & Richter.
Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.
Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.
Stuttgart. Gebr. Rößle.
Wernigerode i. H.

Im Ausland:

Belgien. Brüssel. I. L. Goffarth, (Lith. u. Steindr.). — Etablissements Gene-raux d'Imprimerie.
Verviers. (Lith. u. Steindr.).

England. London. Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham Court Road, London, (für Notendrucker).

Frankreich. Lyon. (Kupferdr.)

Holland. Nantes.

Haarlem. Firma Polygraph.

Oesterreich. Triest.

Tirol und Vorarlberg (wegen Tarifbewegung).

Schweden. Streichholzfabrik, A.-G.

Vulkan in Tidaholm.

Stockholm. Tapetendruckerei A.-O.

C. A. Käbergs.

Tarifamt für Deutschlands Lichtdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten sind aufgenommen worden: Nordische Kunstanstalt, Ernst Schmidt, Lübeck. Junghaus & Koritzer, Meiningen. Wiederaufgenommen ist die Firma: E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart. Leipzig, den 8. November 1908. gez. Gustav Jährig, Prinzipals-Vors. gez. Wilh. Marri, Gehilfen-Vors.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Die Tabaksteuer. — Rundschaau. — Wann soll man streiken? I. — Die Wertheorie. — Vermischtes. — Eingegangene Gelder. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Allgemeines: Der Einfluß der Lehrzeit auf den Charakter. I. — Die Tarifverträge des österreichischen Senefelderbundes. — Ortsberichte: Braunschweig, Saalfeld. — Der Lithograph: Die Verhältnisse in der Lithographie der Schutzverbandsfirma Lange & Wundsch, Berlin. — Die photomech. Fächer: Aus einer „gemietlichen“ Stadt. Aus den Sektionen: Leipzig (Chemigr.). — Photogr. Mitarbeiter: Zur Beachtung. Weihnachten, das Fest der Freude für die Prinzipale. I. — Die Tapetenbranche: Aus den Sektionen: Berlin (Formst.). — Feuilleton: Amerikanische Gewerkschaftssitten.

Die Tabaksteuer.

Kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages hat es die Regierung endlich für angebracht gehalten, dem deutschen Volke einige deutlichere Angaben über die Steuervorlagen zu machen, die im Reichsschatzamt ausgebrütet worden sind. Sie werden im Sprachrohr der Regierung, der »Nordd. Allg. Ztg.«, veröffentlicht. Allerdings immer noch nicht in ihrem genauen Wortlaut, sondern auszugsweise, worauf das genannte Blatt den dadurch ersparten Raum zu überflüssigen beschönigenden Erläuterungen benutzt, um dem deutschen Spieß das Steueragout recht schmackhaft zu machen. Wer sich durch solche Mätzchen nichts vorflunkern läßt, wird aber leicht erkennen, daß die Gerüchte über die neuen Steuerprojekte, auf die wir im Leitartikel der vorigen Nummer Bezug genommen haben, durch die Vorlage noch überboten werden. Aus ihr geht hervor, daß man durch die höhere Besteuerung von Tabak, Bier, Branntwein und Wein, durch neue Steuern auf Inserate, Elektrizität und Gas und durch eine neue Erbschafts- und Wehrsteuer nicht nur, wie die Gerüchte besagten, 455, sondern 475 Millionen Mark an Mehreinnahmen heraus schlagen will. Darunter soll der Tabak nicht nur, wie es gerüchtweise hieß, durch eine Zigarrenbänderolensteuer 60 Millionen Mark — am Anfang dieses Jahres sprach man sogar nur von 30 bis 40 Millionen —, sondern durch eine neue Tabaksteuer 77 Millionen Mark an Mehreinnahmen einbringen!

Da die Angehörigen des Steindruckwerkes, wie wir bereits in der vorigen Nummer betonten, gerade durch die Ausführung dieses Steuerprojekts nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten unermeßlichen Schaden erleiden würden, sei das Tabaksteuerplänchen einer besonderen, eingehenden Betrachtung unterzogen. Nach der Veröffentlichung

der »Nordd. Allg. Ztg.« soll die durch das Gesetz vom 16. Juli 1879 eingeführte Tabaksteuer ohne Aenderung des geltenden Zollsatzes für ausländischen Rohtabak und des Steuersatzes für inländischen Tabak bestehen bleiben. Daneben soll eine Fabrikatwertsteuer neu eingeführt werden. Durch die Verbindung beider Systeme sollen der Fabrikatsteuer verschiedene Vorteile erwachsen, da ihre Kontrolle wesentlich erleichtert und die Haltung ihrer Sätze auf »mäßiger Höhe« ermöglicht würde. Auf dieser Grundlage ist für Zigaretten eine »mäßige Erhöhung« der Besteuerung der teuren Sorten in Aussicht genommen; Zigaretten sollen ohne Ausnahme, Rauch- und Schnupftabak dagegen nur von einer bestimmten Preisgrenze an von der Steuer getroffen werden. Dazu wird tröstend bemerkt: »Der Tabakgenuß der Minderbemittelten soll also, soweit er in anderer Form als in der der Zigarre oder Zigarette erfolgt, von der Steuer freibleiben.« Ein schöner Trost, besonders für uns als Produzenten, da gerade die Zigaretten und Zigaretten, speziell die besseren Sorten, mit Packungen versehen wurden, die in unserem Gewerbe hergestellt worden sind. — Ueber die Höhe der Besteuerung bemerkt die »Nordd. Allg. Ztg.« wörtlich folgendes: »Die Steuersätze des Entwurfs bewegen sich, nach den Kleinverkaufspreisen gestaffelt, für Zigaretten in 6 Stufen von 4 bis 96 Mk. für 1000 Stück, für Zigaretten in 7 Stufen von 1,50 bis 24 Mk. für 1000 Stück, für feingeschnittenen Tabak in 5 Stufen von 80 Pf. bis 12,80 Mk. für ein Kilogramm und für Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak mit obenerwähnter Ausnahme in 3 Stufen von 50 Pf. bis 2 Mk. für ein Kilogramm. Das Verhältnis der Steuerbelastung der Zigaretten zu derjenigen der Zigaretten ist auf etwa 1: 1 1/2 bemessen; die Steuersätze betragen bei Zigaretten 10 bis 13 Proz. und bei Zigaretten 15 bis 20 Prozent des Kleinverkaufspreises, was wohl als angemessene Belastung angesehen werden kann. (f) Die Steuer für Zigarettenpapier, die nur als eine Ergänzungssteuer gedacht ist, deren Bedeutung durch die vorgesehene Ausdehnung der Fabrikatsteuer wesentlich verloren hat, soll auf 1 Mk. für 1000 Hüllen herabgesetzt werden. . . . Für die vom Ausland einkommenden Erzeugnisse, mit Ausnahme der zur Schnupftabakherstellung bestimmten Brasilkarotten, sind behufs Verstärkung des Zollschatzes der inländischen Industrie erhebliche Zollerhöhungen vorgesehen, und zwar für bearbeitete Tabakblätter auf 250 Mk., Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak auf 300 Mk., Zigaretten und Feinschnitt auf 700 Mk.

und Zigaretten auf 1000 Mk. für 1 Doppelzentner. Zu diesen Zöllen tritt bei den ausländischen Erzeugnissen noch die Verbrauchssteuer.«

Also um 10 bis 13 Proz. sollen die Zigaretten, um 15 bis 20 Proz. die Zigaretten durch die Steuer verteuert werden! Denn um eine Verteuerung für den Konsumenten handelt es sich! Oder glaubt das Reichsschatzamt, daß der Fabrikant auf einen Teil seines aus den Arbeitern gewonnenen Mehrwerts verzichtet und die Steuer selbst tragen wird? So naiv wird es doch wohl kaum sein. Es muß daher wissen, daß die Steuerbeträge, die der Fabrikant nicht auf die produzierenden Arbeiter durch »Ersparnisse« am Lohnkonto«, d. h. also durch eine weitere Verschlechterung der an und für sich schon miserablen Arbeiterverhältnisse in der Tabakindustrie, abwälzen kann, den Konsumenten entweder durch Verschlechterung der Produkte oder durch Steigerung der Preise aufgehalst werden. Trotzdem erwartet man eine Steigerung der Steuererträge des Tabaks, der dem Reiche (wie wir in der »Gr.Pr.« No. 4, 1908, dargelegt haben), schon jetzt das nette Sümmchen von ca. 93 Millionen Mark jährlich einbringt, um weitere 77 Millionen! Man erhofft also nahezu eine Verdoppelung der aus der Besteuerung des Tabaks erzielten Summen. Sollte das nicht ein arger Trugschluß sein? Ging doch z. B. auch in Frankreich, wo 1872 infolge der Besteuerung der Preis für 1 Kilo Tabakfabrikate von 9 auf 11,50 Frank stieg, der Verbrauch von 30,8 auf 27 Millionen Kilo zurück und statt der erwarteten Mehreinnahmen von 77 Millionen Frank warf die Steuer nur ein Mehr von 32 Millionen ab! Dasselbe Schauspiel wird man in Deutschland erleben!

Einen Ausblick auf die Wirkungen der weiteren Tabakbesteuerung liefert das Ergebnis der seit 1906 eingeführten besonderen Besteuerung der Zigaretten und des Zigarettenabaks, über das sogar der amtliche Bericht trotz aller Schönfärberei bemerken muß, daß die Einfuhr von Zigaretten stark gesunken sei. Allerdings soll der Verbrauch von Zigaretten und Zigarettenabak 1907 im allgemeinen zugenommen haben; das geschah aber auf Kosten des Zigarettenverbrauchs, da viele infolge der Krise die teurere Zigarre mit der Zigarette vertauschten, an der sie zwar weniger hatten, die aber im Preise beträchtlich niedriger war. Der Volkskonsum in bezug auf diese Erzeugnisse der Tabakindustrie ist also eingeschränkt oder verschlechtert worden. Die gleichen Wirkungen in verstärktem Umfange muß das Anziehen der Tabaksteuer

schranke unbedingt zur Folge haben! Der Konsum von Tabakprodukten ist in vielen Verhältnissen sparsamer, oder verschlechtert, indem zahlreiche Konsumenten das Zigarrenrauchen einstellen und den billigeren, steuerfreien Rauchtobak in der Pfeife rauchen werden.

Diese Zurückdrängung oder Ablenkung der Konsumtion bedingt aber selbstverständlich auch eine bedeutende Einschränkung der Produktion, d. h. also die Durchführung der Regierungsvorlage muß neben der Herabdrückung der Lebenshaltung breiter Konsumentenmassen für Tausende von Arbeitern, die bisher in der Tabakindustrie, speziell in der Zigarrenfabrikation, ihren Unterhalt fanden, und für Abertausende von Familienangehörigen Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend zur unabwendbaren Folge haben. Das scheint aber unseren Regierenden vollständig Nebensache zu sein. Denn trotzdem vor etwa 3 Jahrzehnten, anlässlich der Einführung der Tabaksteuer von 1879 und der Zollerhöhung für Zigarren die Zahl der deutschen Tabakarbeiter von 119000 im Jahre 1878 auf 110000 im Jahre 1882 zurückging, d. h. also 9000 Arbeiter überflüssig gemacht wurden, wagt man jetzt in ganz derselben Weise mit Arbeiterexistenzen zu spielen! In welcher Weise die durch die höhere Besteuerung verschuldete Arbeitslosigkeit auf die Lohnverhältnisse wirken muß, ergibt sich aus der Tatsache, daß 15 der größten Fabrikanten Hamburgs nach den Zusammenstellungen aus den Büchern für 1000 Zigarren im Jahre 1878 16 bis 36, Mk. im Durchschnitt 18,17 Mk. zahlten, während dieselben Fabrikanten für dieselben Sorten im Jahre 1892 in Westfalen und Thüringen, wohin sie mit ihrer Fabrikation gezogen waren, 5 bis 9 Mk. für Form- und 9 bis 12 Mk. für Handarbeit ausgaben. Der höchste Lohn war also 1892 um 4 Mk. niedriger als der niedrigste Lohn 1878, und der Durchschnittslohn war um 10 Mk. für das Tausend gesunken! Das sind die Aussichten für die Arbeiterschaft der Tabakindustrie, wenn die neuen Steuerpläne der Regierung, die, wo es sich »nur um Arbeiter« handelt, über Leichen geht, verwirklicht werden sollten.

Und was für die Tabakindustrie im allgemeinen gilt, das gilt natürlich auch für ihre Hilfsindustrien. Besonders muß unser graphisches Gewerbe, in welchem, wie wir in der vorigen Nummer betonten, 2800—3000 Lithographen und Steindrucker und 12—15000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Herstellung von Packungen, Plakaten usw. beschäftigt sind, ungeheuer in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Steuer wirft bereits ihre Schatten voraus. So werden z. B. in einem großen Spezialbetriebe für Zigarrenpackungen Arbeiten, die bisher in 8 Farben ausgeführt wurden, nur noch 3farbig hergestellt. Die Verwirklichung der Regierungspläne bedeutet also auch für unseren Beruf eine weitere ungeheure Vergrößerung der Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgeerscheinungen.

Deshalb erheben wir flammenden Protest gegen eine derartige Vernichtungspolitik, durch die blühende Industrien aufs schwerste geschädigt und Tausende und Abertausende von Arbeiterexistenzen frivol aufs Spiel gesetzt werden. Vom Reichstag verlangen wir die Versagung der Zustimmung zu solchen unverantwortlichen Steuerplänen. Mit den Abgeordneten, die trotzdem Arm in Arm mit der Regierung unzählige Arbeiterfamilien dem Elend überantworten, wird die deutsche Arbeiterschaft abzurechnen wissen. »Nieder mit der Tabaksteuer!« Das sei der Ruf, der nicht nur aus den Reihen der Tabakarbeiter, sondern auch aus Massenversammlungen unserer Kollegen im ganzen Reiche der Regierung und dem Reichstage vieltausendstimmig in die Ohren gellen möge!

Rundschau.

»Die Lithographien« betitelt sich eine Notiz, die am 4. November in der »Thüringer Frauenzeitung«, einer Gratisbeilage des Erfurter »Allg. Anz.«, erschienen und mit F. G. unterzeichnet ist. Wie in der von uns in No. 29 der »Graph. Presse« besprochenen Briefkastennotiz des Hamburg-Altonaer

»Gen.-Anz.«, wird auch hier der vorliegenden Pressemitteilung die Verwunderung darüber ausgesprochen, daß »die Zahl derjenigen Damen, die sich der »Schwarz-weiß-Kunst« gewidmet haben«, noch »verhältnismässig gering« sei, trotzdem sie einen lohnenderen Erwerb für Frauen bieten als die Malerei, »mit der sich heutzutage die meisten jungen Damen dilettierend beschäftigen«, wobei es auf das »Wie« nicht ankomme. Wenn sich die Lithographie, die hierauf als interessant und lohnend (sogar im Nebenerwerb sollen durch derartige dilettierende junge Damen 75 Pf. in der Stunde zu verdienen sein!) warm zur Erlernung empfohlen wird, zum Zeitvertreib und zur Spielerei für die zarten Händchen gelangweilter Hausdöchterchen eignen würde, dann wäre die Verwunderung des guten Mannes zu verstehen. Aber er sagt ja selbst, daß sie »zwar nicht ganz müheles« sei. Hier liegt der Hase im Pfeffer! Zur Erlernung der Lithographie gehört zähe Ausdauer und festes Wollen; sie ist keine zeitvertreibende Tändelei, die jedem oberflächlichen Backfischen zur »standesgemäßen« Erwerbung eines kleinen Taschengeldes dienen könnte. Sie erfordert Talent, da bei ihr das »Wie« nicht Nebensache ist. Sie ist außerdem derartig anstrengend für Brust, Augen und Nerven, daß sie mit der dilettierend ausgeübten Malereispielelei erhabrer Bürgermädchen aber auch rein gar nichts gemein hat. Die Versuche unserer Unternehmer und ihrer Soldschreiber, durch Heranziehung von Frauen und Mädchen zu unserem Beruf zu billigen und willigen Arbeitskräften zu gelangen, werden daher fast ganz ergebnislos bleiben. Für eine Frau oder ein Mädchen aber, die trotz aller Schwierigkeiten zur Beherrschung der Lithographie gelangte, gilt das, was wir bereits in No. 29 zum Ausdruck brachten: Ihr Mut bürgt uns vollständig dafür, daß sie dann auch so mutig sein wird, sich nicht als Lohnrückerin für ihre männlichen Kollegen benutzen zu lassen, sondern mit diesen vereint für eine Verbesserung der Lage der Berufsarbeiter zu wirken. Dadurch wird allerdings an der Tatsache nichts geändert, daß derartige Notizen bürgerlicher Blätter, die sonst nicht genug über die Zerstörung der Familie durch die Bestrebungen der Sozialdemokratie schimpfen können, vollkommen irreführend sind und besonders in der gegenwärtigen Krisenzeit mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit geradezu als trivial bezeichnet werden müssen.

Das »Deutsche Steindruckgewerbe« glaubt schon wieder einmal eine wichtige Entdeckung gemacht zu haben. »Vom Endziel der Gewerkschaften handelt eine Notiz in seiner No. 20, in der unter Bezugnahme auf den Münchener Versammlungsbericht in No. 43 der »Graph. Presse« triumphierend gesagt wird: »Wohin der Weg der Gewerkschaften führt, das zeigte der Vortrag über das Thema »Die politische und industrielle Demokratie«, in dem der Referent für die Einführung des konstitutionellen Systems in der Industrie plädierte.« Schauderbar, höchst schauderbar! Den braven Steindruckereibesitzern müssen ja die Haare zu Berge stehen, wenn sie von derartigen Besprechungen der Gewerkschaften hören! Nur schade, daß die naturnotwendige Entwicklung unentwegt vorwärts schreitet ohne Rücksicht darauf, ob es dem »Deutschen Steindruckgewerbe«, das sich in bezug auf niemals verschleierte Ziele der Arbeiterbewegung durch eine geradezu rührende Unwissenheit auszeichnet, angenehm ist oder nicht.

»Tiagfinanzen«. Der Aufsichtsrat der »Tiag« beschloß, der am 23. November stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem 1508550 Mk. betragenden Rohgewinn des 8 Monate umfassenden Geschäftsjahres nach Abschreibung von 942737 Mk. eine Dividende von 6% auf die Vorzugsaktien zu verteilen und den Rest zum Vortrag zu verwenden. Bekanntlich wurde das Aktienkapital nach dem Generalversammlungsbeschlusse vom 30. Mai d. J. von 8,8 Millionen auf 15,8 Millionen Mk. erhöht, welche Summen in Vorzugsaktien und Stammaktien in der Weise zerlegt sind, daß immer ungefähr ein Drittel der Aktien Vorzugsrechte genießen. Für das Aktienkapital von 15,8 Millionen Mark hat die »Tiag« folgende Papetenfabriken zu nebenstehenden Preisen in sich aufgenommen:

Hansa, Iven & Co., Altona-Ottensen Mk. 5087000
 Hinderer, Thomas & Co., Crefeld „ 1473000
 Heeder & Co., Crefeld „ 951000
 R. Langhammer Nachf., Leipzig „ 464000
 Aug. Schütz, Würzen „ 802000
 Ein Grundstück von Wilh. Iven „ 23000
 Flammersheim & Seimann, Köln „ 1763000
 Engelhardt & Schlu, Beuel „ 1607000
 Gebr. Rasch & Co., B. Amsche „ 1276000
 Walten & Co., Hannover-Crefeld „ 250000
 Erismann & Co., Breisach „ 726000
 Papier- u. Papetenfabrik Bammenthal „ 1375000
 E. Iven & Co., Ivena Papetenfabrik „ 3000

Eine neue Statistik des Tarifamts der deutschen Buchdrucker liefert den Nachweis, daß sich die Tarifgemeinschaft in einer fortwährenden gesunden Weiterentwicklung befindet. Während im Jahre 1900 von 38682 Gehilfen sich 32332 Gehilfen der tarifmäßigen oder einer kürzeren Arbeitszeit erfreuten, war dies im Jahre 1907 bei 45074 von insgesamt 48516 Gehilfen der Fall. Was die Bezahlung anbelangt, so wurden in 1907 von 42952 im Gewißgeld stehenden Gehilfen 16308 zum Minimum, 25612 über und 744 unter Minimum entlohnt; nur 292 Gehilfen arbeiteten bei Kost und

Lohn. Im Jahre 1900 stank das Verhältnis bei 30872 Gehilfen wie folgt: 9077 wurden zum Minimum, 19374 über Minimum, 1781 Gehilfen unter Minimum bezahlt. Im ganzen arbeiteten im letzten Jahre 31333 Setzer im Wochenlohn und 5564 im Berechnen. Von Maschinensetzern arbeiten nur 12 im Berechnen; das Gewicht der Maschinensetzer variiert zwischen 15 und 75 Mk. Mehr als 50 Prozent derselben arbeiten in zweifacher und 31,9 Prozent in einfacher Schicht. Oegenüber 13418 einfachen Schnellpressen sind nur 518 Doppelmaschinen, 221 Zweitourmaschinen, 315 Zwei- und Mehrfarbendruckmaschinen, sowie 869 Zeitungsrotationsmaschinen aufgeführt. Interessant ist auch die Tatsache, daß die kleinen und mittleren Betriebe im Buchdruckgewerbe Deutschlands weit überwiegen. Während 967 Offizinen keinen, 898 nur einen, 1446 zwei bis drei und 1032 Buchdruckereien vier bis sieben Setzer beschäftigen, beträgt die Zahl der Offizinen mit über hundert Setzern nicht einmal 25. Ähnlich ist das Verhältnis bezüglich der Drucker. Zwei Offizinen haben allerdings die stattliche Zahl von je 96 Maschinenmeistern aufzuweisen, während 522 Druckereien für ihre Pressen gar keine spezielle Bedienung erwhänen.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im III. Quartal 1908. Die vom »Reichs-arbeitsblatt« vierteljährlich veröffentlichten Nachrichten über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden umfassen diesmal 49 Verbände mit 1272540 Mitgliedern. Von diesen waren am Schluß der 13. Quartalswoche (26. September) als arbeitslos am Ort und auf der Reise gemeldet 34046 = 2,7 Prozent. Am Schluß der 8. Quartalswoche war die betreffende Zahl 34355 und am Schluß der vierten 34624, was beide Male gleichfalls 2,7 Prozent betrug. Die Arbeitslosigkeit hat sich damit noch auf einer erschreckenden Höhe gehalten, wenn sie auch gegen das vorhergehende Quartal um eine Kleinigkeit gesunken ist. Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Stichtage beweist, daß seit Aufmachung dieser Statistiken die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr diesmal am größten war. Die höchsten Arbeitslosenziffern an den drei Stichtagen weisen die Friseurgehilfen (mit 14,3 Prozent am 26. September), die Bildhauer (13,1 Prozent), die Photographen (11,5 Prozent) und die Handschuhmacher (9,6 Proz.). Dagegen hatte, wie auch früher beobachtet, besonders niedrige Arbeitslosenziffern der Verband der Bergarbeiter Deutschlands mit 0,01 Proz. am Schlusse der 13., 0,1 Proz. am Schlusse der 8. und 0,04 Proz. am Schlusse der 4. Quartalswoche. Nicht so günstig liegen die Verhältnisse in der Metallindustrie. Der Deutsche Metallarbeiterverband (Stuttgart) zählte an drei Stichtagen 3,1, 2,8, 2,9 Arbeitslose. Ebenso verhielt sich die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiterverband mit 3,4, 3,3 und 3,9 Proz. an den drei Erhebungstagen auf einer ziemlichen Höhe. Bedeutend über den Durchschnitt standen am 26. September noch die Bäcker (7,3), Buchdrucker (6,9), Glaser (6,9), Senefelder Bund (6,7) und Gärtner (6,6). Die Prozentziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit, welche die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals darstellt, beträgt diesmal 9,9 Prozent. Es ist dies die größte bisher gefundene Ziffer, und zwar war für die männlichen Mitglieder der durchschnittliche Satz 9,8, für die weiblichen dagegen nur 6,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug im 3. Quartal 1908: 1954852. Da 121679 Fälle von Arbeitslosigkeit am Ort gemeldet wurden, so ergibt das eine durchschnittliche Dauer des Arbeitslosenseins von 16,3 Tagen gegen 16,7 Tage im vorhergehenden Quartal. Die Krise hat ihren Höhepunkt noch nicht überschritten, sodaß der hereinbrechende Winter weitere Scharen von Arbeitslosen auf das Pflaster werfen und damit neue Sorgen und Leiden über ungezählte Familien bringen wird.

Wann soll man streiken?*)

Von Adolf Braun.

I.
 Vor einer schablonenhaften Behandlung der Lohnkämpfe kann nicht genug gewarnt werden; nichts wäre verfehlter, als aus der Tatsache, daß die Unternehmer den Streik als ein unangenehmes Hindernis der Werkfortsetzung ansehen, den Schluß zu ziehen, daß die Entziehung der Arbeitskraft von den Unternehmern immer unangenehm empfunden werden müsse. Der Streik ist ein Mittel des Entzuges der Arbeitskraft, wenn bei den Unternehmern das Bedürfnis nach möglichst vielen Arbeitsleistungen besonders groß ist, wenn sie über nennenswerte Warenvorräte nicht verfügen und wenn sie innerhalb ihrer Räumlichkeiten mit den vorhandenen motorischen Kräften Werkzeugmaschinen und anwendbarer menschlicher Arbeitskraft die sich drängenden Aufträge in den von den Bestellern geforderten kurzen Fristen nicht ausführen können. Es geht hieraus klar hervor, daß die Anwendung des Streiks nur unter ganz bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen Erfolge verspricht, so daß man beim Fehlen dieser Voraussetzungen einen ungünstigen Ausgang geplanter Arbeitseinstellungen gewärtigen muß. Die

*) Wir entnehmen diesen Artikel dem »Oktoberhefte« des »Kämpfers«, der österreichischen sozialdemokratischen Monatschrift. Die Arbeit verdient es, nicht nur von den Funktionären und Vertrauensmännern, sondern von allen Kollegen aufmerksam gelesen und beherzigt zu werden. Die Red.

Arbeiter sehen in dem Streik viel zu einseitig bloß einen Vorteil für sich, bloß einen Nachteil für den Unternehmer. Auch das Umgekehrte kann richtig sein, ist doch der Streik, wie jeder Praktiker der Gewerkschaftsbewegung, jeder Kenner des Arbeiterlebens weiß, eine zweiseitige Waffe. Man kann sie ja hier und da erfolgreich nützen, wenn man sie enthusiastisch aus der Scheide zieht und gegen den Gegner schwingt. In der Regel wird man freilich gut tun, das ganze Kampffeld, die Stellung des Gegners und seine Hilfspuppen und Hilfsmittel scharf zu überblicken und genau kennen zu lernen, bevor man das Schwert aus der Scheide zieht, was immer viel leichter ist als es wieder ohne Scharten und ohne Schimpf zurückzustecken.

Den richtigen Zeitpunkt für die Proklamierung und Durchführung eines Streiks zu finden, ist eine der schwersten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Gewerkschaftsleiter, aber nicht bloß an diesen liegt es, den Augenblick zu nützen, die organisierte Arbeiterschaft muß erzogen werden, die Gründe der Entscheidung beurteilen und würdigen zu können; man kann die Mitglieder der Gewerkschaft nicht nach dem Willen einzelner, noch so wohlmeinender Führer zum Kampfe stimmen, noch vom Kampfe abhalten, man muß auch schon in der Entschließung die Aktion der Masse fühlen. Dazu sie zu befähigen, ist eines der bedeutungsvollsten Bildungsprobleme der Gewerkschaften aller Länder.

Wann soll man streiken?

Die Unternehmer klagen in den Berichten der Handelskammern, daß die Arbeiter so vieles in der letzten Prosperitätsperiode erreicht haben, aber wir lassen uns nicht täuschen und wissen ganz genau, daß in der Prosperitätsperiode die Vorteile der Unternehmer unverhältnismäßig größer waren als die der Arbeiter. Die allgemeine Preissteigerung hat die Verbesserung des Geldlohnes weggefressen, während sie den gesteigerten Gewinnen der Unternehmer gegenüber nicht ins Gewicht fiel. Es scheint trotz aller Erfolge der Arbeiter während der letzten Prosperitätsperiode nicht überall die Situation vollständig ausgenützt worden zu sein. Vielfach herrschen noch vor allem zu lange Arbeitszeiten. Die Arbeiter werden häufig durch die erhöhten Löhne bestochen, es gibt noch sehr viele Arbeiter, die Unbestanden freudig leisten, für die die Gewerkschaft weit mehr ein Mittel zur Steigerung des Geldlohnes als zur Erhöhung der gesamten Lebenslage und vor allem zur Verkürzung der Arbeitszeit ist. Es hat in der letzten Prosperitätsperiode sicherlich vielfache Anlässe und mannigfache Gelegenheiten zu einer Lohnbewegung gegeben, die deshalb nicht ausgenützt wurden, weil die Arbeiter zu bescheiden und zu zufrieden waren und weil sie sich in ihrer Genügsamkeit mit dem gegen früher etwas erhöhten Lohn vollständig zufrieden gaben, vor allem, weil sie an die Verkürzung der Arbeitszeit, an die Verweigerung der Überstunden nicht dachten.

Es ist schon ein höheres Niveau der Arbeiterpolitik, in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit im Auge zu behalten. Der Unternehmer ist in der Regel viel leichter für eine Erhöhung des Lohnes zu gewinnen, als für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Eine verkürzte Arbeitszeit kann ja vielfach durch eine stärkere Intensität der Arbeitskraft völlig ausgeglichen werden. Die Unternehmer aber lieben nicht die Experimente, sie rechnen noch immer so, daß 60 Arbeitsstunden in der Woche genau sechszigmal mehr zutage fördern müssen, als die Arbeitskraft innerhalb einer Stunde leisten kann, sie können sich nicht denken, daß in 54 oder 48 Stunden dasselbe produziert werden könnte, wozu früher von denselben Händen 60 Stunden gearbeitet werden mußte. Sie sagen sich weiter, eine einmal verkürzte Arbeitszeit ist nur unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen und nur mit besonderen Schwierigkeiten wieder zu erhöhen. Aus dieser Überlegung erwächst ihr schroffer, oft ganz unverständlich zäher Widerstand gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erhöhung der Löhne dagegen ist vielen Arbeitern ohnehin das Erwünschteste, vor allem, weil sie nicht begreifen, daß die kürzeren Arbeitszeiten automatisch zur Lohnsteigerung führen. Die Lohnerhöhung bewilligen die Unternehmer oft verhältnismäßig leicht, vielfach freilich mit dem Hintergedanken, die Arbeiter um diesen Vorteil bald wieder bringen zu können. Das ist durch den Übergang zum Akkordsystem und zum Stücklohnsystem eine Änderung durch die Methode der Akkorde oft nur zu leicht durchzusetzen, weil die Arbeiter nur zu oft außerstande sind, die Absichten der Unternehmer zu durchschauen und richtig zu beurteilen. Hierzu kommt noch, daß die Unternehmer die erhöhten Lohnkosten auf die Kundschaft reichlich abzuwälzen hoffen, während sie fälschlich in der Verkürzung der Arbeitszeit eine nicht ausgleichende Schädigung erblicken, die den Abnehmern des Produktes nicht aufgebürdet werden kann. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist weit häufiger erst durch die gewerkschaftlichen Kampfmittel den Unternehmern abzurufen, während die Erhöhung der Löhne vielfach auf dem Wege der Verhandlungen durchgesetzt werden kann. In Zeiten großen Arbeitsmangels und ausgezeichneten Ganges der Geschäfte gewähren die Unternehmer oft ohne Forderung den Arbeitern ein erhöhtes Lohn Einkommen, um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, um sie zufrieden zu machen, um ihnen den Gedanken nach größeren und anderen Forderungen gar nicht aufkommen zu lassen. Auch hieraus erklärt sich eine Reihe verpaßter Gelegenheiten.

Die Frage, wann soll man streiken, muß ergänzt werden durch die weitere Frage: *wo soll man streiken?* Begrifflicher Weise sind die Arbeiter überall unzufrieden, so daß sie an allen Orten den Wunsch haben, daß ihre Löhne wachsen, daß sie ihre Lebenshaltung verbessern können. Sicherlich ist dieses Bestreben ein durchaus berechtigtes, nur genügen leider die Mittel der Gewerkschaften nirgends und niemals, um diese Absichten überall gleichzeitig zur Tat werden zu lassen. Es gehört zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Gewerkschaftsleiter, aus den zahlreichen Orten, in denen die Arbeiter streiken möchten, diejenigen herauszuheben, wo der Streik am notwendigsten, am aussichtsreichsten und nicht bloß für die Arbeiter des betreffenden Ortes, sondern für die Gesamtheit der Berufsgenossen am wichtigsten und dringlichsten ist. Am leichtesten sind die Streiks in der Regel zu gewinnen in der Zeit großen Arbeitermangels in den Großstädten, vor allem, weil dort die Organisation in der Regel am ausgebildetsten, die Mitglieder am meisten geschult sind, die Aussichten vielfach verhältnismäßig leicht vorher abzuschätzen sind. Andererseits sind die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen zumeist gerade dort am traurigsten, wo die Organisation noch schwach und die Aussicht auf einen Erfolg der gewerkschaftlichen Kampfpolitik am geringsten ist.

Es besteht eine Gefahr, auf die bisher in der gewerkschaftlichen Literatur viel zu wenig hingewiesen wurde: der zu starke Abstand der Lohndurchschnitte in den verschiedenen Teilen des Landes. Das hat zur Folge, daß zu dem natürlichen Zug in die Stadt ein künstlich durch die Lohndifferenzen geförderter als Steigerung hinzukommt. Hieraus erklärt sich vielfach die Tatsache, daß wir in der Industrie in kleineren Orten bei niedrigeren Löhnen einen großen Arbeitermangel und als Folge einen geringen Wechsel und dauernde Beschäftigung der Arbeiter, dagegen in den Großstädten bei verhältnismäßig hohen Löhnen eine starke Arbeitslosigkeit zu beobachten haben. Nun hat diese Erscheinung recht unangenehme Folgen für die Arbeiter in den Großstädten, ihre Tagelöhne können hoch sein und ihr Jahreseinkommen doch gering. In den zahlreichen Betrieben, die kein ständiges Personal haben, finden wir einen starken Wechsel von Arbeitern, der eben durch den erheblichen Zuzug von Arbeitskräften infolge der relativ hohen Löhne erst möglich geworden ist. Wird gearbeitet, so wird verhältnismäßig anständig verdient; die meisten, die arbeiten, müssen aber damit rechnen, daß sie eine Reihe von Wochen im Jahre nichts zu tun und deshalb auch keine Möglichkeit zu verdienen haben werden. Deshalb liegt es im Interesse der Arbeiter der Großstädte, daß die kollektiven Machtmittel der Gewerkschaft, die agitatorischen, organisatorischen, vor allem aber auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel in den Gegenden mit besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen ausgenützt werden. Nur ein kurzzeitiger Beurteiler wird meinen, daß dies irgendwie den Arbeitern der Großstädte schaden könnte, daß es ungerecht wäre, die von ihnen angesammelten Gelder in besonders hohem Maße für die Provinz zu verwenden. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf dem Lande sichert das in der Großstadt Erregene, vermindert den Zuzug dahin und wirkt ohne jede an die Unternehmer gerichtete Forderung ganz von selbst lohnteuernd auch für diejenigen Arbeiter, die keine Kämpfe geführt haben.

Sicherlich wurde oft die beste Gelegenheit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verpaßt, unzweifelhaft wäre häufig der Unternehmer zu weiterem Engenommen bereit, während die Arbeiter zu seinem Erstaunen gar nicht mit Forderungen hervortreten, dann sehen wir nicht selten, daß das Mittel der Arbeitseinstellung nicht angewandt ward, wo es am dringlichsten wäre; endlich erkennen wir, daß Streiks zu ungeeigneter Zeit angekündigt und durchgeführt werden.

Die Werttheorie.

Ein Kapitel aus der politischen Oekonomie.

Von G. Stauffer.

Zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse sind Gegenstände der verschiedensten Art notwendig, und der Kulturzustand eines Volkes bemißt sich nach der Arbeit, die es auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse verwendet, und nach der Vollkommenheit, mit welcher diese Bedürfnisgegenstände hergestellt sind. Es ist das Verdienst von Karl Marx (Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie), endgültig die Gesetze, welche den in der Arbeitsergebnis verkörperten Wert der Arbeit bestimmen, klargelegt zu haben, woran sich dann der weitere Beweis knüpft, daß die durch die Arbeit geschaffenen Werte nicht dem Arbeiter zufließen, der sie erzeugt, sondern denjenigen, die die Bedingungen zur Arbeit dem Arbeiter gewähren können, den Kapitalisten. Begrifflicher Weise richten sich alle Angriffe der Gegner der Arbeiterbewegung und der Anhänger des jetzigen Produktionssystems gegen die Marx'sche Werttheorie, weil, wenn es ihnen glückt, sie zu widerlegen und als nichtig hinzustellen, auch die aus derselben entspringenden Folgerungen nichtig wären und somit der Werttheorie ihre wissenschaftliche Grundlage genommen und sie damit bedeutungslos gemacht würde. Da nun jeder Arbeiter wenigstens die Grundgedanken der Marx'schen Lehre kennen sollte, wollen wir sie,

so gut es in dem uns zur Verfügung stehenden Raume möglich ist, im nachfolgenden entwickeln. Arbeitsergebnisse, die nicht nur zur Befriedigung der Bedürfnisse eines Einzelnen, sondern auch anderer in der Gesellschaft dienen; die also einen gesellschaftlichen Gebrauchswert haben, heißen Waren. Ob ein Ding gesellschaftlichen Gebrauchswert hat, zeigt sich darin, daß es durch die Gesellschaft konsumiert wird. Es ist dann auch gegen andere Dinge, die gleichfalls allgemeinen Gebrauchswert haben, austauschbar und hat somit nicht nur Gebrauchswert, sondern auch Tauschwert.

Durch den Austausch der verschiedenen Waren ist es möglich, die Bedürfnisse des einzelnen wie der Gesamtheit zu befriedigen. Hierbei fragt sich nur, wie wird dieser Austausch geregelt, wodurch ist es möglich, die einzelnen Waren gegeneinander abzuschätzen, den Wert jeder einzelnen zu finden. Es gibt nämlich auch Gebrauchswerte, die keinen Tauschwert haben. Zum Beispiel hat das Licht, die Luft, das Wasser, obwohl sie für die Menschen sehr nützliche Dinge sind, keinen Tauschwert. Nur dann, wenn z. B. das Wasser in einer Gegend fehlt und die Herbeiführung erst durch Arbeit und bestimmte Veranstaltungen ermöglicht wird, bekommt es Tauschwert, wird es zur Ware. Jungfräulicher Boden, angeschwemmtes Land, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz usw. sind zwar Gebrauchswerte, bekommen aber erst dann Wert für die Gesellschaft, d. h. Tauschwerte, wenn sie durch Wegebauten, Deicharbeiten, Kanalisierung, überhaupt durch Arbeit der menschlichen (gesellschaftlichen) Benutzung zugänglich gemacht sind.

Wir finden somit, daß ein Gebrauchswert erst zu Tauschwert (Ware) werden kann, wenn sich Arbeit in ihm verkörpert. Unter Arbeit im allgemeinen ist die zur Hervorbringung einer Ware erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeit zu verstehen, bei der auch die Naturkräfte, die gleichfalls nur durch Arbeit in den Dienst der Menschen gezwungen werden können, zur Mitwirkung kommen. Mit anderen Worten: Gesellschaftlich notwendige Arbeit ist diejenige menschliche Tätigkeit, bei der unter Anwendung des Systems der geteilten und der dadurch bewirkten gesteigerten Leistungsfähigkeiten, in Verbindung mit allen technischen Hilfsmitteln (Maschinen) usw. die größtmögliche Vollkommenheit und rascheste Herstellung der menschlichen Oebrauchsgegenstände ermöglicht wird. Allerdings wird durch diese nur eine Umwandlung der zu verarbeiteten Naturprodukte, der Rohfabrikate, der Rohmaterialien und der hieraus gefertigten Halbfabrikate vorgenommen. Aus Häuten wird Leder, aus Leder werden Stiefeln usw. Aus Bäumen werden Bretter, aus Betteln werden Haushaltungsgegenstände und andere Dinge gefertigt. Aus Eisenerz wird Roheisen, aus Roheisen werden Eiseninstrumente oder andere Gebrauchswerte hergestellt. Diese durch die Arbeit bewirkte Umwandlung setzt jedoch den gedachten Produkten einen höheren Wert zu. Die Rohmaterialien selbst sind aber auch vorher durch Arbeit in die verschiedenen Produktionskanäle geleitet und es ist die hierzu notwendige Arbeit, die sie in der Gesellschaft zu Tauschwerten gemacht hat.

Der Wert einer Ware ist also demnach gleich dem Wert der in ihr verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Waren, welche die gleiche Summe gesellschaftlich notwendiger Arbeit in sich verkörpern, haben somit einen gleichen Wert.

Der Wert einer Ware bemißt sich also, wie oben angeführt, nach der in ihr verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Die notwendige Arbeit findet ihr Maß in der Zeit, deren sie bedurfte. Nehmen wir z. B. an, es sei zur Herstellung eines Rockes so viel Arbeitszeit erforderlich, wie zur Fertigung von sechs Hemden, so wird der Wert des Rockes dem der Hemden gleichkommen.

Da aber die auszutauschenden Waren gleich und ungleichen Warenwertes sind, mußte als Wertmaß eine Ware genommen werden, die einen allgemeinen Gebrauchswert besitzt und somit auch den allgemeinsten Tauschwert hat, deren Verhältnisse bei allen Warenaustauschern als feststehend bekannt ist; dieses Warenmaß ist das Geld. Diejenigen, die nicht zugeben wollen, daß nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, welche in einer Ware enthalten ist, der Wert der Ware bestimmt werden muß, wenden hiergegen ein, daß Angebot und Nachfrage den Warenwert bestimmen. Jedoch es erfolgt hier eine Verwechslung zwischen Wert und Preis einer Ware. Die Annahme, daß in dem für eine Ware bezahlten Preise auch immer der richtige Wert bezahlt würde, ist durchaus nicht richtig; denn die Waren werden unter Umständen sowohl unter, wie über ihrem Wert bezahlt, je nachdem wie die Geschäfts- und Marktverhältnisse sind.

Das Sinken der Warenpreise unter den ursprünglichen Wert einer Ware tritt ein, wenn durch Vervollkommnung der Produktionsmittel die zur Verfertigung der Ware vorher notwendige Arbeitszeit verringert ist und die Arbeit also in einem kürzeren Zeitraum hergestellt werden kann. In einem Industriezweige, in welchem ohne Anwendung von Maschinen gearbeitet wurde, sinkt der Preis der Waren unter den früheren Wert derselben, sobald die Maschinenarbeit an Stelle der Handarbeit tritt, weil dann die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verringert ist, d. h. einer oft mehr leisten kann als früher drei und vier. Die Waren erhalten einen höheren Preis, als der in ihnen verkörperten

gesellschaftlich notwendigen Arbeit entspricht, wenn die Preisbestimmung von dem Besitzer abhängt, wenn er also gewissermaßen das Monopol der Herstellung und des Verkaufes in Händen hat. Hierbei kommen auch diejenigen Gegenstände in Betracht, die nicht wie andere Produkte durch Arbeit beliebig vermehrt werden können. Ein Rafaelsches Gemälde, eine Bibel von Gutenberg gedruckt, ein nur in einem begrenzten Bezirk wachsender edler Wein usw. werden zu Preisen bezahlt, die außer dem Verhältnis zu der zu ihrer Herstellung verwendeten Arbeit stehen. Dies ist jedoch nur der Fall, weil sie seltene und zugleich wertvolle Kunstgegenstände für diejenigen sind, die mit ihrem Reichtum ihre Liebbereien und Bedürfnisse, soviel es durch Geld möglich ist, befriedigen können, und die sich deshalb in dem Erwerb der von ihnen begehrten Gegenständen zu überbieten suchen. Bei denjenigen Waren, die beliebig vermehrt werden können und bei denen die Produktionsverhältnisse für alle Produzenten gleich sind, regelt sich allerdings das Preisverhältnis durch Angebot und Nachfrage. Die Konkurrenz treibt aber auch wiederum dazu, durch Vervollkommnung der Arbeitsinstrumente wie durch Verringerung des Geschäftsbetriebes die Produktionsverhältnisse aus dem Gleichgewicht zu bringen, die zur Erzeugung einer Ware gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu verringern. Und so hat derjenige, der die Produktion in ihrer größten Vollkommenheit betreiben kann, der reiche Kapitalist, vor seinen Konkurrenten einen bedeutenden Vorteil, und zwar so lange, bis ihm diese wieder gleich sind oder ihm mit ihrem Geschäftsbetrieb wieder überholt haben.

Es fällt jedoch den Warenproduzenten, oder, da es sich hier um den Großbetrieb handelt, dem reichen Kapitalisten durchaus nicht ein, sich damit zu begnügen, Tauschwerte zu schaffen und beim Verkauf derselben mehr Vorteile als andere Warenproduzenten zu erzielen. Er will nicht nur Tauschwerte erzeugen für andere, sondern Werte für sich erwerben, und nicht nur Werte für sich, sondern Mehrwerte, d. h. er will für den Wert der von ihm erzeugten Waren einen größeren Wert im Verkauf zurückhalten, als er in die Produktion hineingelegt hat. Und hier ist es der Arbeiter, der ihm seinen Mehrerwerb bethätigt.

Die Arbeiter stellen sich dem Kapitalisten freiwillig nicht zur Befriedigung seines Mehrerwerbers zur Verfügung, sondern um ihre Existenz zu fristen. Sie haben in ihrer Arbeitskraft das Mittel, Tauschwerte zu erzeugen, ja sie sind selbst Tauschwerte, könnte man sagen, und fungieren als solche; denn sie werden vollständig zur Ware, indem sie ihre Arbeitskraft und damit sich selbst den Kapitalisten verkaufen. Sie sind deshalb den gleichen wirtschaftlichen Gesetzen unterworfen. So wie der Wert der Waren nach der in ihnen verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu messen ist, ist auch der Wert der Arbeitskraft um so größer, je mehr Arbeit zur Ausbildung derselben verwendet wurde. Die geistigen Arbeiter: Direktoren, Buchhalter, Werkführer, Ingenieure erhalten deshalb einen höheren Lohn als die Handarbeiter. Da die Erzeugung des Arbeiters nach den Gesetzen der Natur erfolgt, so sind es lediglich die Erhaltungskosten, die für den Preis der Arbeitskraft bezahlt werden. Betragen die durchschnittlichen Erhaltungskosten der Arbeiter pro Tag 3 Mark, so wird auch der durchschnittliche Tagelohn 3 Mark zu betragen haben. Deshalb entsteht ein Wutgeschrei bei den Kapitalisten und den von ihnen beeinflussten Kreisen, wenn die Arbeiter ihre Bedürfnisse zu erweitern streben, weil damit die ihre Unterhaltungskosten und somit ihr Kaufpreis zum Nachteil der Kapitalisten erhöht würden. Als die höchste Tugend des Arbeiters gilt es, wenn er seine Bedürfnisse auf das niedrigste Maß einschränkt, wenn er »spart«.

Nehmen wir nun an, es ist zur Erzeugung der Tauschwerte, die der Arbeiter zu seiner Er-

haltung bedarf, die Arbeit von 6 Stunden notwendig, so wird er im Arbeitslohn auch nicht mehr erhalten, als er in den 6 Stunden Tauschwert produziert hat. Es wäre dem Kapitalisten jedoch nicht damit gedient, wenn der Arbeiter dann überhaupt nur 6 Stunden am Tage arbeiten wollte. Der Arbeiter ist deshalb gezwungen, statt 6 Stunden täglich 10 und 12 Stunden zu arbeiten. Damit nicht zufrieden, daß sie die Arbeitskraft des Mannes behufs vollständiger Ausnutzung zur Verfügung hat, hat die Kapitalistenklasse es fertig gebracht, selbst die Arbeitskraft von Frauen und Kindern in die Produktion hereinziehen. Die Erhaltungskosten des Arbeiters sind hierdurch vermindert worden, da er nun nicht mehr für seine Familie zu sorgen hat, indem diese ihren Unterhalt mit verdienen muß.

Somit können wir sagen, es ist die Annahme, daß ein Arbeiter sechs Stunden braucht, um so viel Tauschwerte zu erzeugen, als zu seiner Erhaltung nötig sind, eher zu hoch als zu niedrig gegriffen. Der in den übrigen Arbeitsstunden erzeugte Wert ist der Mehrwert, der dem Kapitalisten zufällt, womit dieser seinen Zweck erreicht, seinen Durst nach Mehrwert zu befriedigen.

Wir sehen also, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit es ist, nach welcher die zu ihrer Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse erzeugten Waren gemessen werden. Weiter ist festzustellen, daß der Arbeiter für die von ihm geleistete Arbeit und geschaffenen Werte keine andere Entschädigung erhält als einen Lohn, der ihm nur gestattet, seine Bedürfnisse zu befriedigen. Daß eine Aenderung dieses menschenwürdigen Zustandes dringend notwendig ist, wird jeder zugeben, dessen Interesse nicht mit der heutigen Gesellschaft verwachsen ist, und der sich über den engen Geschäftskreis der Herrschenden zu erheben vermag. Kein Zweifel, die heutigen Gesellschaftszustände sind krank und morsch. Die Beseitigung derselben wird den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit sichern.

Vermischtes.

Der Kampf gegen die „gute Stube“.
 Einen Kreuzzug gegen die „gute Stube“ hat der Vorsteher des Gesundheitsamts in Woolwich, Albert G. Duck, mit allen Kräften begonnen. Der „geheiligte Salon“, der stets das größte, luftigste und am besten gelegene Zimmer der Wohnung bildet, soll überhaupt aus jeder Wohnung verbannt werden; wo er in unbenutzter, unwirtschaftlicher Einsamkeit liegt, da soll das Ebzimmer oder die Schlafstube oder auch die Küche sein; wird dieser Götze eines veralteten Begriffs von Vornehmheit abgeschafft, dann wird die Menschheit gesünder und behaglicher wohnen können. Am schlimmsten ist es damit in den Häusern auf dem Lande bestellt. »Oft habe ich, wenn ich solch ein Haus betrat,« so erzählt Duck, »das mühsame Drehen eines rostigen Schlüsselns in einer Tür gehört, und dann ward ich hineingelassen in dieses „Heiligthum“, dessen weite, kalte Halle kein Hauch von Wohnlichkeit durchwärmte und dessen schöne, sorgsam gehütete Möbel und Bildler das unbehagliche Gefühl des Ungewohnten, des Unbelebten hervorriefen. Fiele erst einmal dies alte Vorurteil des Prunkgemaches, dann hätte der Architekt beim Hausbau freiere Hand. Auf dem Lande verbringt noch immer die Familie den größten Teil des Tages in der Küche, und das ist der kleinste, der unfreundlichste, der schlechteste Raum. Die „gute Stube“ sollte zur Küche werden!«

Das Wirtshaus als Quelle der Schwindsucht.
 Der Zusammenhang zwischen Trunksucht und Tuberkulose ist längst feststehend; es ist auch ohne weiteres einleuchtend, daß Trinker bei ihrer allgemeinen herabgesetzten Widerstandsfähigkeit dem Eindringen des Tuberkelkeimes nur einen geringen Widerstand entgegenzusetzen vermögen. Sollte hier-

bei dem Wirtshause selbst nicht aber auch eine gewisse Rolle zukommen? Es ist gar kein Zweifel, daß der längere und gewohnheitsmäßige Aufenthalt in überfüllten, schlecht ventilirten, mit Rauch und Dunst geschwängerten Kneipen dem Tuberkulösen oder zur Schwindsucht Disponierten sehr schlecht bekommt, weil ihm nichts verderblicher ist, wie die Einatmung einer schlechten und verdorbenen Luft. Wie viel daher der Alkohol selbst, wie viel der Aufenthalt in den Kneipen an der Erkrankung an Tuberkulose schuld hat, läßt sich deswegen nicht ohne weiteres abgrenzen. In England, wo die Wirtshäuser in hygienischer Hinsicht viel schlechter beschaffen sind wie in Deutschland, hat jüngst ein Arzt nachzuweisen versucht, daß das Vorwiegen der Schwindsucht beim männlichen Geschlecht nicht auf stärkere Disposition oder Alkoholismus oder auch auf die Beschäftigung zurückzuführen ist, sondern daß der allabendliche stundenlange Aufenthalt in den ungesunden Räumen des Wirtshauses die größte Schuld an der Verbreitung der Schwindsucht trage.

Eingegangene Gelder.

Für das II. Quartal gingen noch folgende Beiträge ein:

- Aachen 458,58, Augsburg 6,89, Barmen 9,50, Bietigheim 43,30, Chemnitz 758,—, Cöslin 113,10, Crefeld 187,29, Darmstadt 551,72, Detmold 320,68, Dresden 2026,12, Essen 131,21, Frieda 7,41, Fürth 276,64, Gera 100,—, Glogau 208,77, Gotha 100,—, Hanau 450,—, Heilbronn 236,16, Herford 202,10, Hof-Göhlenau 179,57, Iserlohn 271,05, Karlsruhe 13,80, Kaufbeuren 435,54, L. ck 8,20, Lüdenscheid 40,—, Magdeburg 1000,—, Mannheim 84,11, Meiningen 100,—, Neurode 337,79, Niedersiedlitz 861,74, Offen-burg 33,10, Posen 54,—, Sprendlingen 50,—, Stuttgart I 2,41, Stuttgart II 1086,11, Zeitz 130,14 und Zwickau 126,44.

Beiträge für das III. Quartal wurden eingesandt, aus:

- Altenburg 104,46, Altwasser 510,76, Aschersleben 109,71, Barmen 237,93, Bautzen 1085,36, Bonn 5,92, Borsdorf 250,—, Brandenburg 750,—, Braunschweig 550,—, Bünde 50,—, Bunzlau 10,51, Coburg 115,75, Cöln 548,47, Coswig 199,77, Dessau 56,15, Düren 355,20, Düsseldorf 504,—, Erfurt 204,80, Eßlingen 476,19, Forbach 58,50, Freiburg i. B. 60,—, Frieda 4,80, Gießlingen 253,97, Gleiwitz 269,25, Görlitz 138,60, Gößnitz 21,55, Grimma 136,72, Halberstadt 27,84, Halle 310,—, Hirschberg 65,15, Hofgeismar 100,—, Hof-Göhlenau 218,50, Kempen 79,37, Kiel 39,20, Kirchhain 177,75, Konstanz 81,70, Leipzig 3400,—, Leitelsahn 300,—, Lobberich 90,—, Lübeck 112,30, Meißen 188,25, Metz 3,60, München II 526,90, Neurode 131,42, Nordhausen 22,75, Oldesloe 106,—, Ratibor 110,72, Rheydt 315,15, Rudolstadt 135,39, Schlettau 104,23, Schwabach 136,80, Solingen 216,92, Tilsit 106,29, Trier 516,15, Viersen 50,—, Wesel 16,21 und Wurzen 187,17.

Barmen sandte für das IV. Quartal 350,— Mk. ein. Berlin, den 9. November 1908. Wilh. Brall.

Briefkasten der Redaktion.

H. B., E. Ich bin ganz Ihrer Meinung; daher: Papierkorb! — G. H., B. Ihre Anfrage habe ich an die Redaktion der »Graph. Rundschau« weitergegeben. — H. E., B. Besten Dank! Habe die Einsendung, wie Sie sehen, schon verwertet. — H. M., F. Besten Dank für den trefflichen, anregenden Beitrag, der aber erst in nächster Nummer kommen kann. 20 Pf. Strafporto bezahlt. Gruß!

Stellenangebote

Ein tüchtiger [1,80]
Aufzeichner
 wird zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten an Germania Linoleum-Werke, A.-G., Bietigheim.

Kupferdrucker
 für Bunddruck sofort in dauernde Stellung gesucht. Offerten von nur allerersten Kräften an Wilhelm Lindner, 1,80] Berlin, Hollmannstr. 22.

Aetzer
 für Auto und Strich, sowie einen Nachschneider per sofort gesucht [2,10] Carl Kind, Jr., Bielefeld.

Tücht. Repr.-Photograph,
 durchaus sicher in Emulsionsaufnahmen für Schwarz und Dreifarben in dauernde Stellung sofort gesucht. 2,10] J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig.

Verschiedenes

Soeben erschienen:
Jahrbuch f. d. lithog. Gewerbe
 für 1909. Neuester Jahrgang. Preis Mk. 1,25. Porto 20 Pf. extra. C. Kluth, Karlsruhe i. B.

Graph. Motivenschatz,
 neu, wegen Besitz eines zweiten Exempl. statt für 18 Mk. für 12 Mk. zu verkaufen. G. Rutschke, Bromberg, 1,80] Schillerstr. 32.

Gebraucht. Photogr.-Apparat
 9x12 oder 13x18, mit prima Linse, für Moment- und Daueraufnahmen, zu kaufen gesucht. Offerten mit Angabe des Preises u. Probefildes unter Ph. A. an die Expedition der Graph. Presse.

Alle Herren Kollegen
 kaufen Zigarren zu Vorzugspreisen bei Karl Sivers, Leipzig, Universitätsstr. 11. 1,50]

„Matt-Lack“

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel der Neuzeit. Das Blankwerden der Abdrücke wird aufs Äußerste reduziert, ebenso das Kleben derselben. Mit »Matt-Lack« erzielt man gute, glatte Abdrücke, selbst bei schlechten Papieren. »Matt-Lack« konserviert die Zeichnung des Steines und ist beim Zink- und Aluminiumdruck vorzüglich. Blankgewordene und klebende Auflagen mit »Matt-Lack« in Fläche zuletzt überdruckt, erhalten einen sanften vermittelten Glanz, kleben nicht mehr und sind in ca. 4 Std. versandfähig. Preis pro Kilo 3,50 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Zu beziehen durch F. Hantke, Hamburg 22, Berthastraße 13, 11.

Der Zinkdruck
 als Ersatz für Stein, nach dem Verfahren v. Dr. O. C. Strecker, von Max Seul, Karlsruhe i. B., Sofienstr. 160a. Preis 1 Mk. Prosp. gratis und franko. **Arbeitsmethode** f. Photochrom u. Rezept I. 10. — Mk. Off. R. Barth, München, Liebigstr. 39.

Verbandsnachrichten

Um Uebermittlung der Adressen der Kollegen Eugen Petrich, Paul Zedler (Lithographen) und Max Mayer, Paul Borkenhagen, Felix Zibold, Wilhelm Hertel (Steindruckerei), die von hier abreisten, ohne die aus unserer Verbandsbücherei entliehenen Bücher zurückgeliefert zu haben, bittet das Bureau der Lithographen u. Steindruckerei, Berlin SO. 16, Engelauer 15, III, Zimmer 67 68.

Die Kollegen allerorts werden vor dem Lithog. apfen **Willy Buckan** aus Dresden, Buch-No. 21629, gewarnt! Derselbe sucht durch allerh. falsche Vorspiegelungen von den Kollegen Unterstützungsgelder zu erschwindeln. [25 Die Verwaltung der Zahlstelle Stuttgart, Filiale I. I. A.: Alfred Mayer.